

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Anzeigenpreise: Die 4-spaltige Mittelzeile ober deren Raum 1000.— Mtl. ...
Kleine Anzeigen per Wort 50.— Mtl. — ...
Die Mittelzeile 4-spaltig ober deren Raum im Reg. 2500.— Mtl.

Donnerstag, den 26. Juli 1923

Bezugspreis: Durch Kurier 4000.— Mtl. pro Woche. ...
Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzerstraße 60. —
Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8687.

An den arbeitenden Mittelstand, an die Beamten und Bauern Deutschlands!

Die Kommunistische Partei ruft für den 29. Juli auf zum Antifaschistentag!

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft die gesamte Arbeiterklasse auf, am 29. Juli in ganz Deutschland ihren Willen zu demonstrieren, sich nicht mehr angreifen zu lassen durch die bewaffneten Banden der Faschisten, die den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse vorbereiten.

Die KPD ruft die Arbeiter auf, überall Abwehrorganisationen zu bilden, die, wenn nötig, mit Waffen in der Hand einen faschistischen Umsturz verhindern würden.

Die Kommunistische Partei hält es für notwendig, in demselben Augenblick, wo sie versucht, die Abwehrfront der Arbeiter, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, gegen die faschistischen Organisationsorgane des Bürgerkrieges aufzurichten, sich an Euch, Bauern, Handwerker, Beamte, Festbesoldete, Klein- und Sozialrentner mit dem Aufruf zu wenden:

Laßt Euch nicht von den Junkern, von den Eisen- und Kohlenbaronen, laßt Euch nicht von den Nagelkern Surer Rot als Kampfnahrung gegen die Arbeiterklasse gebrauchen!

Bürger, die verschiedenen Organisationen der Deutschbolschewiken rufen Euch zum Kampfe auf gegen die Not, in die Ihr mit jedem Tag tiefer sinkt, zum Kampfe gegen die Verflabung Deutschlands. Sie treten als Sure Retter und als Retter Deutschlands auf. Große Massen des Mittelstandes nehmen die Behauptungen und die Versprechungen der Deutschbolschewiken für bare Münze. Aber diese Behauptungen und diese Versprechungen sind Lug und Trug.

Sie Entente und die Juden werden von den Bolschewiken als die einzigen Ausbeuter des deutschen Volkes bezeichnet. Zweifelsohne deuten die Entente-Kapitalisten die deutschen arbeitenden Massen aus und zweifellos mästen sich

die jüdischen Kapitalisten durch Ausbeutung des deutschen Volkes.

Man muß die einen und die anderen bekämpfen. Genügt es aber, die Entente und die jüdischen Kapitalisten zu bekämpfen? Das Kohlenbündel und der allmächtige Stahlverband, zwei Verbündete, die die ganze deutsche Industrie und alle deutschen Verbraucher ausbeuten, befinden sich nicht in den Händen der Juden, sondern in den Händen guter Christen und deutschen Abkommens: der Handel, Hyphen, Klädner, Krupp und Stinnes. Und der Großgrundbesitz, der die Lebensmittelpreise steigert, und die Vermögen der Armen auswehert, befindet sich in den Händen der deutschen Junker.

Volksgenossen! Wollt Ihr gegen die Not kämpfen, so gilt es, zusammen mit der Arbeiterklasse den Kampf zu führen gegen die schamlose Politik der Fabrikanten, Bankiers, Großhändler und Großgrundbesitzer.

Diese Ausbeuterstippen haben die Preise über den Weltmarktpreis getrieben, obwohl die Arbeiterklasse, die Beamten, die Festbesoldeten nicht einmal ein Drittel des Vorkriegs-Einkommens erhalten.

Die Bolschewiken verkünden den Kampf gegen die Entente, den Rachekrieg gegen die französischen Eindringlinge. Aber ihre Geldgeber und Drahtzieher, die Kapitalhären Stinnes, Klädner und Konsorten, sie verhandeln mit Kouchur, sie verhandeln mit Duberac, sie verhandeln mit französischen Banken, sie schließen Verträge ab mit den Kapitalisten der Entente. Ihre Regierung, die Regierung Lunos, hat sich durch den Dr. Lutterbed öffentlich an die französische Regierung gewandt mit der Bitte, ihr zu erlauben, auf deutsche Arbeiter und Angestellte schießen zu dürfen.

Sie Menschen, die das deutsche Volk ausbeuten, die Menschen, die heute bereit sind, mit den Ententekapitalisten jedes Abkommen zu unterzeichnen, wenn sie nur die Möglichkeit bekommen, das deutsche Volk weiter und verschärft auszuplündern, sie haben weder die Möglichkeit noch den Willen, eine wirkliche Abwehr des deutschen Volkes gegen die Entente zu organisieren.

Wenn die Ausbeuter Bolschewiken zu Sabotageakten im Ruhrgebiet aufreizen, wenn sie bei den Bolschewiken den Gedanken erwecken, als sei eine Abrechnung mit den französischen Räubern und Plünderern nahe, so mißbrauchen sie den berechtigten Haß, den das deutsche Volk gegen die französischen Quäler und Peiniger empfindet. Die deutschen Ausbeuter machen nur ihr Geschäft, wenn tapfere uneigennütige von der Hand des französischen Hefters sterben. Was schadet es ihnen, wenn für jeden Sabotageakt, der den Gegner nur reizt, aber nicht nieder schlägt, die französischen Okkupationsbehörden die Bevölkerung des Ruhrgebietes in unerhörtester Weise verfolgen? Die deutschen Schwerekapitalisten spekulieren darauf, daß, wenn die Franzosen sich unsicher fühlen, Stinnes ein günstigeres Abkommen mit den französischen Kapitalisten abschließen kann.

Der Kampf gegen die Entente ist notwendig und die KPD hält diesen Kampf für notwendig.

Die KPD glaubt nicht an die Versprechungen der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokratie, die dem deutschen Volke die Milderung der Versaillesen Lasten versprechen, wenn es nur artig die Stiefel der siegreichen Entente leckt.

Aber die Vorbereitung des siegreichen Kampfes gegen die Entente ist, daß alle arbeitenden Schichten Deutschlands, die Arbeiter in den Fabriken und auf dem flachen Lande, die Angestellten in den Kontoren und Banken, die Beamten in den Amtsstuben, daß sie sich betätigen zu einem Band der arbeitenden Menschen in Deutschland, daß sie die Leitung der deutschen Geschichte in ihre Hand nehmen, daß sie den Spekulanten das Handwerk legen. Nur dann werden sie instande sein, zusammen mit dem kämpfenden russischen Volke, der Entente die Stirn zu bieten. Der Kampf an der Ruhr muß geführt werden und wir lehnen prinzipiell kein Mittel dieses Kampfes ab. Aber dieser Kampf hat Aussichten auf Erfolg erst dann, wenn an ihm Hunderttausende von Männern des arbeitenden Volkes teilnehmen und wenn mit diesem Kampf Millionen des Volkes sympathisieren.

Die großen Massen des Volkes, die in diesem Kampfe entscheiden, sie werden zu diesem Kampfe bereit sein, wenn sie wissen, daß sie für die Interessen des deutschen Volkes und nicht für die Interessen der Stinnes kämpfen.

Nur wenn das deutsche Volk jede Verbindung mit den Lubendorffs, mit den Vertretern der alten Dynastien, mit den Vertretern der Schwerindustrie, die durch ihre rückwärtslose Kriegführung, durch die Verwüstung Belgiens den Haß der breitesten Volksmassen der ganzen Welt erweckt haben, bricht, wird der Kampf der deutschen Volksmassen gegen die Entente das Mitgefühl des arbeitenden Volkes in Frankreich und England erwecken.

Die Deutschbolschewiken sagen Euch: die Kommunisten in Frankreich sind Schwach das deutsche Volk besitzt keine Freunde in der Welt, es müsse alle Fremden hassen. Die Wahlen der letzten Wochen in Frankreich haben gezeigt, daß die Kommunisten fast so viel Stimmen bekommen haben wie die Partei Poinecares, daß also ein großer Bruchteil des französischen Volkes hinter der KPD steht, mit ihr zusammen gegen Poinecare kämpft. Es ist alles zu tun, daß dieser Teil des französischen Volkes in dem deutschen Kampfe gegen Poinecare

einen deutschen Befreiungskampf

sieht und nicht den Kampf um die Wiederherstellung der Herrschaft der verhassten Hohenzollern und der Raubritter der Schwerindustrie.

Bauern, Handwerker, Beamte und Festbesoldete, Sozial- und Kleinrentner! Das alles wissen die Drahtzieher und Geldgeber der Bolschewiken, wenn sie Euch mit ihren monarchistischen, nationalistischen, antirepublikanischen Phrasen irreführen. Sie führen Euch bewußt irre, um die Armee derjenigen zu trennen und zu zerstückeln, die ein Interesse haben an dem Kampfe gegen die Not und das Elend, gegen die Verflabung Deutschlands durch eigene und fremde Kapitalisten.

Wenn Ihr zusammen mit der Arbeiterklasse gegen Wucher und Stinnes kämpft, dann werden die Kapitalisten und Junker Steuern zahlen müssen, nicht mehr allein die Armen, wie es bisher der Fall war. Wenn Ihr zusammen die Regierung in die Hand nehmt, Ihr seid die Mehrheit des deutschen Volkes, Ihr könnt sie leicht erobern, wenn Ihr nur einig vorgeht, dann werden die Spekulanten Deutschlands nicht ausverkaufen können, dann werden die Wucherer nicht instande sein, an Spekulanten Milliarden zu verdienen, während das arbeitende Volk kein Hemd zu kaufen instande ist. Ihr werdet dann die Kontrolle über die ganze Produktion übernehmen, Ihr werdet dann bestimmen, was auszuführen und was einzuführen ist und Ihr werdet dann die Profite der Industrie benutzen zur Besserung der Lage der arbeitenden Massen, des verkommenen Mittelstandes.

Der Gefahr, von der die Junker, die Schwerindustriellen sich bedroht sehen, können sie nur dann entgehen, wenn sie den Mittelstand von den Arbeitern trennen und einen Bürgerkrieg im Lager der arbeitenden Schichten organisieren.

Solange große Massen des Mittelstandes dies nicht eingesehen haben, solange sie sich aufheben lassen gegen die Arbeiterklasse, statt zusammen mit ihr gegen die Ausbeuter zu kämpfen, rufen wir die Arbeiter zur Abwehr auf. Wir fordern von ihnen, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten, wir fordern sie auf, bereit zu sein zu entschlossenster Verteidigung ihrer Interessen. Diesem Ziele dient der Antifaschistentag am 29. Juli. Aber gleichzeitig erklären wir: nicht nur wollen wir keinen Schritt tun, um den Bürgerkrieg zwischen dem leidenden, belasteten Mittelstande und der Arbeiterklasse zu begünstigen, sondern umgekehrt: wir fordern Euch auf: errichtet zusammen mit den Kommunisten

die gemeinsame Front der Not und der Arbeit gegen die Wucherer, Spekulanten und Ausbeuter.

Wir fordern Euch auf, alte Vorurteile abzustreifen; die Beamten, die Intellektuellen, die Festbesoldeten sind heute schlechter gestellt als mancher Arbeiter, sie alle haben nur ihre Not zu verlieren, nicht mehr! Nur wenn Ihr das versteht, wenn Ihr Euch mit der Arbeiterklasse verbindet, anstatt Euch gegen sie auszuheben zu lassen, dann wird der verheerende Bürgerkrieg in Deutschland vermieden werden. Nur dann wird ein Ausweg gefunden werden aus Not und Elend, dann findet Ihr die Kraft, die die Ketten von Versailles sprengt.

Bauern, Handwerker, Staats- und Privatbeamte!

Am 29. Juli sammelt die Arbeiterklasse die Kraft zum Abwehrkampf; jedem, der sie bedroht, zeigt sie die Faust, die morgen Waffen gegen Waffen zu richten bereit sein wird.

Gleichzeitig strecken wir allen Notleidenden die Hand entgegen zu einem Schutz- und Trugbündnis für den Kampf:

- Gegen den Versaillesen Verflabungsfrieden!
- Gegen den Ausverkauf Deutschlands!
- Gegen die Spekulanten und Wucherer der deutschen Not!
- Für die Kontrolle der Produktion!
- Für die Erfassung der Sachwerte!
- Für die menschliche Existenz aller Arbeitenden!
- Für die Arbeiter- und Bauernregierung!
- Für das Bündnis mit Sowjetrußland zum Kampfe gegen die Entente!
- Für das neue Reich der deutschen Arbeit!

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Wer ist Schuld an der Plünderung in Breslau

Ueber dieses Thema sprach am Mittwochabend in einer stark besuchten Volksversammlung im "Schieferwerder" Genosse Silbermann.

Genosse Silbermann erinnerte einleitend an eine Rede, in der gesagt war, daß die Regierung in den nächsten Monaten mit Zwangsmaßnahmen der hungernden Bevölkerung rechnen und ihre Maßnahmen zur Sicherung der staatlichen Macht getroffen habe. Inzwischen ist das eingetreten, was die Regierung vorausgesagt, aber nicht verhindert, sondern verschuldet habe. Vergewaltigt, verprügelt und verbitterte Menschen haben, von sozialistischen Propagandisten angestiftet, Läden geplündert in der letzten Nacht, dadurch ihre Not lindern zu können. Der teuflische Plan der Stimmlosen, die breiten Massen durch Senkung der Markt- und dauernde Verschlechterung der Abnahme zur Verzweiflung zu bringen, um dann ein Blutbad unter der Arbeiterschaft zu veranstalten, müsse durchkreuzt werden. Genosse Silbermann schloß die Aufgaben, die der Arbeiterklasse aus der jetzigen Situation erwachsen. Der Kampf müsse geführt werden um die Kontrolle der Produktion, Erfassung der Sachwerte und Friedensrealität. Keine bürgerliche Regierung werde diese Forderungen erfüllen. Der einzige Ausweg aus der Hungerkatastrophe ist die Errichtung der Arbeiterregierung. Obwohl die Faschisten, wie auch von den Sozialdemokraten bereits erkannt ist, ungeheuer rufen, um eine nationalsozialistische Diktatur zu errichten, verharret die NSD, ohne die die Regierung auch nicht einen Tag existieren kann, weiter in Passivität, und der sozialdemokratische Minister Oberling, der bereits durch Verbot der proletarischen Hundstrecken den Faschisten den größten Dienst erwiesen hat, verbietet auf Drängen der Knüppelungen den Aufmarsch des Proletariats am 29. Juli. Ebenso kläglich und verräterisch war die Haltung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer am vergangenen Freitag. Als das Blut der hungernden Arbeiter in den Straßen floß, wußte der sozialdemokratische Oberpräsident kein anderes Mittel als verstärktes Einsehen der Schupo und Hinguziehung der Reichswehr. Auch die Gewerkschaftsführer haben, anstatt sofort die Arbeiterschaft zu Abwehrformationen für den Ordnungs- und Wachdienst zu organisieren, zu proletarischen Kontrollausschüssen aufzurufen, um dem Wucher ernsthaft zu begegnen, in Untätigkeit verharren. Im letzten Teil seines Vortrages ging Genosse Silbermann nochmals eingehend auf den Antifaschistentag am 29. Juli ein und schloß seine Rede mit dem Appell, dafür zu sorgen, daß das Proletariat nicht länger Amboß, sondern Hammer sein müsse um alle seine Feinde zu zerschmettern (Lebhafter anhaltender Beifall).

In der darauffolgenden Diskussion versuchten einige Anhänger der Z.N. vergeblich, für ihre reaktionären Ansichten Propaganda zu treiben. Sie wurden von der großen Mehrheit der Versammlung energig zurückgewiesen. Außerdem sprachen noch einige Genossen im Sinne des Referenten. Dieses Interesse erregten die Ausführungen der Frau Barth, einem Mitglied der NSD, welche dem Referenten zustimmte und heftige Bemerkungen gegen die sozialdemokratischen Stadtbewehrer erhob. Frau Barth wies darauf hin, daß sich

auf dem Breslauer Frühmarkt ein ungläubiger Wucher

von auswärtigen Aufkäufern und Schiedern betriebe. Viel Leute kommen mit diegestrichelten Briefschaften von auswärtig her, überfüllten die Breslauer Händler und kauften Fleisch, Fett, Butter und andere unentbehrliche Lebensmittel zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung auf. Die sozialdemokratischen Stadtbewehrer wüßten das und tun nichts. Gerade die Frauen leiden am allerheftigsten unter dem unerhörten Wucher. Sie sind der Verzweiflung nahe, und es ist allerhöchste Zeit, daß in Breslau endlich einmal Maßnahmen getroffen werden, um diese ungläubigen Preise zu befeitigen.

Diese Ausführungen wurden von zahlreichem Proletariat unterstügt und aus der Mitte der Versammlung heraus wurde der Antrag auf sofortige Bildung eines Kontrollausschusses gestellt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und es wurden zunächst folgende Mitglieder des Kontrollausschusses gewählt: Genossin Barth, NSD, Genossin Kupke, SPD, Genosse König, Gewerkschaftsleiter Genosse Hübner, Gewerkschaftsleiter.

Im Schlußwort wies Gen. Silbermann auf die Wichtigkeit proletarischer Kontrollausschüsse hin, die ihre Tätigkeit aber nur bei Unterstützung durch die breite Masse ausüben können. Er hob nochmals die Bedeutung des Antifaschistentages am 29. Juli hervor und erklärte, daß der Kampf gegen die Mächte des Proletariats nicht verboten werden kann. Der 29. Juli werde nicht der letzte Antifaschistentag sein.

Dollar über 600 000

Riesenhafte Preissteigerungen / Wer vernichtet die Marktwährung?

Während die Wechselkurse sich täglich nicht genug tun kann, über die Stärkung des Widerstandes zu schreiben, den geschlossenen Kampfwillen und die ungeheure Opferbereitschaft der Industrie hervorzuheben, fährt die gleiche Industrie mit seltener, fester Hand den Dolch, um die Marktwährung zu erledigen. Regierung und Industrie arbeiten sich zusammen in die Hände, indem sich die Regierung immer mehr und mehr als das ausführende Organ der Großkapitalisten zeigt, als den Knecht, der tut, was ihm sein Herr befiehlt. Mit der Verordnung des Reichswirtschaftsministers Deder, der noch von den Seiten her, da er der Generalkommissar der Reichswirtschaftsminister Otto Wolff war, die besten Bedingungen zur Industrie unterhält, mit dieser Verordnung werden die schwächlichen Versuche, durch Preisverordnungen die unerhörten Spekulationen und Auslandsverführungen des Kapitals zu verhindern, aufgehoben. Die Erlaubnis zur Zahlung eines Teils der Waren — in praxi aller — mit ausländischen Devisen, hebt völlig die Marktwährung als Zahlungsmittel auf, ohne an ihrer Stelle irgend etwas anderes zu setzen.

Diese Verordnung, die der Anlaß zu einer erneuten ungeheuerlichen Verleumdung aller Marktwährung und aller Marktempfänger werden wird, diese Verordnung, die den ganzen Kampf um die wertbeständigen Güter in ihrer heutigen Form illusorisch macht, ist gleichzeitig ein Schlag in das Gesicht der Reichsbank. Die gesamte Devisenpolitik der Reichsbank und des Deutschen Reiches wird durch diese Verordnung liquidiert. Der schwächliche, und mit falschen, ungenügenden Mitteln geführte Kampf der Reichsbank, die Markt zu stützen, wird illusorisch gemacht durch diese Verordnung. Durch ihre ungenügenden Maßnahmen macht sich die Reichsbank gleichzeitig mitschuldig an dem Verbrechen, das mit der Vernichtung der Marktwährung begangen ist. Die zweite Verordnung des Reichswirtschaftsministers, die den Devisenhandels wieder gestattet, die erlaubt, daß Banken und zum Devisenhandel zugelassene andere Industrieunternehmen Devisen auf längere Sicht hin kaufen, bereitet die ganzen Bemühungen der Reichsbank um Einseitigkeit und Devisennotierungen für Deutschland ohne Rücksichtnahme auf den Weltmarkt. Diese Maßnahmen, nachdem die Reichsbank mindestens 200 Goldmillionen verpfändet hat, haben gleichzeitig demiriert, daß der Dollarkurs (Wartung New York) heute auf 857 894 Mark für einen Dollar stieg.

Diese Maßnahmen sind jedoch nicht freiwillige Zugeständnisse der Regierung, sie sind herbeigeführt aus den im Befehl des Reichsverbandes der deutschen Industrie der Regierung gemachten Vorschlägen und den daraus folgenden Verhandlungen.

Stiehlt irgend ein armer Teufel in seiner unendlichen Not ein Brot oder ein paar Kartoffeln vom Felde, so wird er seiner sicheren Verurteilung gewiß sein. Sabotiert aber die Industrie die ganze Politik der Regierung,

sondern das Proletariat werde in immer mächtvolleren Kundgebungen zeigen, daß es nicht gewillt ist, sich von den Unternehmern und Kapitalisten abschlagen zu lassen.

Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Resolution

Die am 25. Juli im großen Saale des Schieferwerder in Breslau tagende öffentliche Volksversammlung erklärt in dem Verbot des Antifaschistentages durch Erhebung eines Streiktages der Arbeiter die Arbeiterklasse Breslaus ist nicht gewillt, sich den faschistischen Horden künftighin ausliefern zu lassen. Die Arbeiterklasse ist nicht gewillt, die faschistische Gefahr weiter wachsen zu lassen. Sie erkennt, daß der Sieg des Faschismus die ungeheure Verleumdung der Arbeiterklasse ins Maßlose steigert und sie politisch entrechtet.

Die Breslauer Vorgänge haben gezeigt, daß die bürgerlichen Organisationsorgane nicht imstande sind, die faschistische Propaganda der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Die Versammlung erkennt, daß nur die proletarischen Hundstrecken der faschistischen Gefahr wirksam entgegenzutreten können. Die Versammlung erkennt, daß nur der geschlossene Aufmarsch des Proletariats dem faschistischen Verbrechen einen Stopp entgegenzusetzen kann.

Die Versammlung fordert die sofortige Aufhebung der Verbotserlassung gegen die proletarischen Hundstrecken und den Antifaschistentag.

Die Arbeiterklasse Breslaus wird alle Kräfte einsetzen, um auch den letzten Arbeiter aus dem Betriebe von der Kolonialmacht zur Teilnahme zu überzeugen, und dadurch den Aufmarsch am 29. Juli zu einer gewaltigen Massenaktion zu machen für die totale Vernichtung des Faschismus und des Wuchers.

Schließliche Lohnsteigerungen für Arbeiter. Im zweiten Halbjahre 1923 sind, wie der Deutsche Handwerksrat berichtet, von 100000 Arbeitern nur 200 Lohnsteigerungen und 100000 Arbeiter sind nicht mehr, was die Lohnsummenwerte in A. Breslau, den letzten Teil haben.

versteht sie gegen ihre Befehle, macht sie den Kampf des Reiches aufzuhalten, so erfolgen Verhandlungen, die mit einer billigen Kapitalisten der Regierung enden. Mehrere Industrieverbände haben die Wirkung der Preisverordnungen glatt dadurch auf, daß sie in ihren Zahlungsbedingungen auf folgende Weise eine Bezahlung in ausländischer Währung vornahmen. Sie stellten folgende Bedingungen, die wir einem streng vertraulichen Rundschreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie entnehmen (Nr. 2075/III vom 12. Juli 1923):

1. Der Verkäufer beantragt unverzüglich nach Eingang der Zahlung oder Quittungserwange eine Bank mit der Anschaffung des Gegenwertes in der zugrundeliegenden Auslandswährung.

2. Erteilt der Verkäufer den Auftrag zur Anschaffung nach Ziffer 1 nicht, so erfolgt die Abrechnung zu der auf dem Tag des Einganges der Zahlung oder Quittungserwange folgenden Kursfestsetzung der Berliner Börse für Dreise.

Das bedeutet, daß tatsächlich trotz aller gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen in Devisen bezahlt wird und damit die Marktwährung praktisch von den Kapitalisten aufgehoben wird. In den Verhandlungen hat mit größter Offenheit nach den Mitteilungen des Reichsverbandes der Staatssekretär Brendelburg selbst es ausgesprochen: „Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sind der Regierung durchaus klar geworden. Sie liegen besonders darin, daß man sich zurzeit im Uebergang von der Papiermark auf die Goldmarkrechnung befindet. Die Papiermark könnte nicht ausgeschaltet werden, und das Risiko der Kurschwankungen müsse in der Wirtschaft von irgend jemand getragen werden.“ Das ist es, worum es geht. Die Industrie hat sich geweigert, dieses Risiko zu tragen. Die Industrie hat sich mit Erfolg geweigert. Die beiden Verordnungen des Reichswirtschaftsministeriums, die Kapitulation der Regierung vor den Drohungen der Industrie zeigen, daß die Industrie vor den Folgen geschützt worden ist. Wie immer sollen diese abgemildert werden auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und Mittelständler. Das darf nicht geschehen. Das Geld der breiten Volksmassen darf nicht noch größer werden, damit die Stimmlosen, Typisten, Kleinhändler, Bauern, Arbeiter und Konfekten im Besitz ihrer ungekurzten Profile bleiben und sie noch vergrößern.

Die Antwort auf die unausgesprochenen Angriffe auf die Existenz der Werttätigen ist der verheerende Kampf um die Sachwertverfassung.

Urabstimmung im Metallarbeiterstreik!

Breslau, 26. Juli.

Die vorauszuweisen war, haben die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband, den Unternehmern und dem Regierungspräsidenten zu einer „Verständigung“ auf Kosten der hungernden Metallarbeiter geführt. Wie uns mitgeteilt wird, sind die erzielten Zugeständnisse so gering, daß sie in Anbetracht der unerlösten Selbstwertung keine Verbesserung, sondern weitere Verflechtung der Lebenslage der Metallarbeiter zur Folge haben müssen.

Am Freitag morgen von 9-12 Uhr findet Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung der gestrigen getroffenen Vereinbarungen statt. Es werden für die Woche vom 21.-28. Juli ganze 18 000 Mark Stundenlohn geboten. Die Breslauer Metallarbeiter sollen darüber entscheiden, ob sie mit ihren Familien weiter hungern, oder den Kampf weiter führen, ausdehnen, verschärfen und zum siegreichen Ende führen wollen.

Rommunistische Erfolge bei den Wahlen im NSD.

In Rozenau wurden auf die Liste Puppe (NSD.) 35 Stimmen abgegeben. Der Gegenkandidat Rosal, Ratibor erhielt 48 Stimmen. In Gagnitz erhielt die Liste Geister (NSD.) 340 gegen 627 Stimmen der Liste Schmidt (SPD.). In Haynau erhielt die Liste Rudolf, Wegmann (NSD.) 18 Stimmen. Die drei Gegenkandidaten erhielten insgesamt 28 Stimmen. In Jauer erhielt die Liste des oppositionellen SPD.-Kollegen Feige, Striegau 190 Stimmen gegen 15 Stimmen auf Liste Bierig und 11 Stimmen auf Liste Meckisch (Reife). Der Oppositionskandidat zog seine Kandidatur zurück, womit die Wahl ungültig sein dürfte.

Die Unerschlichkeit der Reichswehr. Der Reichswehrminister Geßler gibt eine Ausdehnung von 100, worin er erklärt, die Reichswehr sei absolut unerschütterlich, er, Geßler, verdinge sich dafür.

Deutsch-französische Kapitalisten-Verschmelzung

Der Pariser „Temps“ von gestern gibt in einem Artikel Deutschland den guten Rat, sich möglichst schnell an die Reparationskommission zu wenden, um keine Zahlungsverpflichtungen abschlagen zu lassen. Die Zeitung erklärt, daß seit der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen unheilbaren Situation.

Diese schöne Anregung ist bereits praktisch zu führen, daß das französische Hüftenkapital nicht nur mit Stimmes Verträge abgeschlossen hat, sondern auch Verträge mit Krupp, „Dah., Herold“, der gut unterrichtet ist, schreibt dazu über, daß die Krupp-Gesellschaft in mehreren Teilen zerlegt werden soll. Dabei sollen die großen Offener und Rheinländer Werke zu einer eigenen Gesellschaft umgestaltet werden, in der das französische und englische Kapital die Oberhand erhalten wird. Die 87 Krupp'schen Ergruben im Siegerland, an Bahn und Still sollen ebenfalls zu einer eigenen Gesellschaft unter französischer und englischer Führung umgestaltet werden.

Nach einer Meldung der „Frankfurter“ hat der „Kölnische Beobachter“ das Blatt des Separatisten Dörken im Jahre 1920 von der französischen Regierung 350 000 Franken erhalten. Damit es täglich erscheinen kann.

Dr. Heinze verteidigt den Gandalgerichtshof

Der Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt zu den Vorwürfen hinsichtlich der Flucht Ehrhards, daß das Reichsjustizministerium vollständig unschuldig sei. Das Verfahren sei den normalen Weg gegangen. Es sei versucht worden, die Amnestie auf Ehrhardt anzuwenden. Diese sei abgelehnt worden. Daraufhin habe man beschloßen, das Verfahren mit möglicher Beschleunigung durchzuführen. Die Untersuchung ging in die Hände des Präsidenten des Staatsgerichtshofes Schmidt über. Dieser habe sich durchaus im Rahmen seiner Befugnisse gehalten. Er habe allerdings in drei Fällen Sprecherauftrag für Ehrhardt ohne besondere Überwachung erteilt, und zwar auf Grund persönlicher Eindrücke aus Gründen der Menschlichkeit. (Wie rühmst? Wo war man je gegen Proleten so menschlich?) Die Schwester Ehrhards, die ihn zuletzt hat sprechen wollen, konnte dies nicht mehr, da er bereits gestorben war. Es wurde erlaubt, ohne Überwachung mit Ehrhardt zu sprechen, weil es sich um private Familienangelegenheiten handelte, deren Besprechung in Gegenwart eines Dritten für Ehrhardt und die Beteiligten peinlich gewesen sei. Deshalb habe der Präsident des Staatsgerichtshofes mit Recht sich die Angriffe eines sachlichen Regierungsvertreters vorbehalten der ihn zur Rede stellen wollte.

Die Erklärung des Reichsjustizministers macht den Ehrhardt-Standal noch größer. Sie zeigt, daß die Guno-Regierung sich bereits als Faschistenregierung fühlt! Eine neue Warnung für das Proletariat. Und die Guno-Regierung kann sich nur durch die Unterstützung der NSD. am Ruder halten!

Neue Provokationen zum Antifaschistentag

Am Sonnabend wurde in Sosnka die Schupo entwaffnet. Die bürgerlichen Zeitungen selbst schreiben, daß dies ein Racheakt sein könne von rechtsstehenden Kreisen, denen Waffen beschlagnahmt worden waren. Interessant aber ist es nur, daß am Sonntag in der Nähe des Hüttengasthauses, in dem sich unser Parteileiterrat befindet, Waffen gefunden wurden, die in einem Gebüsch versteckt waren. Noch interessanter ist es, daß am Dienstag, den 24. Juli, vormittags 11 Uhr, ein Lastauto mit Schupo vor unser Parteibüro vorfuhr und eine Durchsichtung des ganzen Hüttengasthauses vornahm. Wunderbarerweise richteten die Spähenden ihre Schritte sofort nach dem gemauerten Gemüllkasten und hoben feinsäuberlich ein leichtes M.-G., eine Maschinenpistole und drei Seitengewehre aus der Mäße.

Wie Ruhrfinder auf dem Lande mißbraucht werden!

Die Agrarier können sich nicht genug rühmen, auch ihrerseits Ruhrfinder bei sich aufgenommen zu haben. Daß es nicht selten nur aus Eigennutz geschieht, weiß man aus früheren Fällen, wo Kinder ihren „Erholungsurlaub“ auf dem Lande mit schwerster Heberarbeit durch die Fron auf dem Felde büßen mußten. So standen auch jetzt ein Rittergutsbesitzer Richter in Henningsleben bei Langensalza und sein Verwalter, welche sechs bei der Feinde helfende Schindler, darunter mehrere Ruhrfinder, immer mißhandelt, vor Gericht. Also nicht nur schamlose Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft, sondern auch brutale Mißhandlungen dazu. Dennoch ließ es das Gericht mit einer Geldstrafe von 6 Millionen bzw. 900000 Mark Gelöstztrafe bewenden.

Landarbeiter!

Rüffel zur Generalversammlung des 222.!

Der Zeitpunkt zur Abhaltung der Generalversammlung des 222. ist immer näher heran. Bereits in den nächsten Wochen soll in den Mitgliederversammlungen, in der Reichs- und Landesvereine zur Generalversammlung gelangt sein. Die Mitglieder sollen auf den Tag der Versammlung vorbereitet sein. Die Mitglieder sollen sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung auseinandersetzen. Die Mitglieder sollen sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung auseinandersetzen. Die Mitglieder sollen sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung auseinandersetzen.

Eine falsche Betriebsweise mitschuldig

Die Arbeiter (Reichsverband) sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Der „unpolitische Reichsverband“

Der Reichsverband geht wieder einmal auf Summenfang aus. Er hat er sich in einer Erklärung des obersten Reichsverbandes betätigt. Er hat er sich in einer Erklärung des obersten Reichsverbandes betätigt. Er hat er sich in einer Erklärung des obersten Reichsverbandes betätigt.

Bodengare und Bodenbearbeitung

Die Bodenbearbeitung ist ein wichtiger Teil der Landwirtschaft. Die Bodenbearbeitung ist ein wichtiger Teil der Landwirtschaft. Die Bodenbearbeitung ist ein wichtiger Teil der Landwirtschaft. Die Bodenbearbeitung ist ein wichtiger Teil der Landwirtschaft.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.



Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich. Die Arbeiter sind in ihrem öffentlichen Verhalten nicht nur mitschuldig, sondern auch verantwortlich.

In jedem wichtigen Parteipunkte des Bezirks findet am Hauptorten, im besonderen in den Hauptmehlmöhlen und Treffpunkten für den Antifaschistentag, ebenfalls einzufinden. Weitere Instruktionen folgen.

Freitag abend Funktionärübung

natt. Die Parteifunktionäre haben pöchlich zu erscheinen. Die Vorsitzenden benachbarter Orte haben sich in dem Die Bezirksleitung Schlessen der KPD.

Aus Breslau

„Dies Kind, kein Engel ist so rein!“
Sie ist immer unschuldig, die alte, eheliche „Schlesische Zeitung“. Als der Kapp-Putsch geblüht schien, sah sie auf hohem Ross, behubelte den Sieg der Konterrevolution und beschimpfte die Arbeiter. Als dann der siegreiche Generalstreik die Kessel und Konsorten in die Flucht geschlagen hatte, war es mit der sogenannten „männlichen Haltung“ des Krautjunkerblattes vorbei, die Herren Rebalteure verkrochen sich in ihre Schlupfwinkel und baten die Regierung, daß sie ihr Blatt verbiete. Ein Verbot für einige Tage erschien dem müttigen Blatte noch als der einzige Ausweg aus der fatalen Situation.

Nach der Erstürmung der Konsulate durch deutschnationale Selbstjünglinge spielte das edle Blatt aus der Schwelbniger Straße natürlich wieder den unschuldbollen Engel und als ein etwas höflicherer BSWD-Stadtkorrespondent zum Schred des sozialdemokratischen Stadtkorrespondentenbürofißers den deutschnationalen vorwarf, daß sie die Erstürmung angeklüßelt hatten, war das Krautjunkerblatt ebenso ungeduldig wie ein Bürgerfräulein, dessen Umhang angezwiffelt wird.

Es gab einen Prozeß gegen den vorlauten BSWD-Mann, über den das Junkerblatt natürlich berichtete, und zwar wies es auf das Geschäft des betreffenden Stadtkorrespondenten hin, nannte Firma und Straße in nicht mißverständlicher Weise. Und die gelehrigen Schüler verstanden, wenige Tage darauf wurde die Fensterheibe in dem Laden des BSWD-Mannes mit einem Diamantring zerhackt.

Nachdem die Scheibe ersetzt war, erfolgte natürlich etwas neuen Prozesses wiederum eine kleine, niedliche Demagogation und prompt darauf wurde wiederum die Fensterheibe zerhackt.

Das waren natürlich keine Leser der „Schlesischen Zeitung“, denn solche sehen sich aus den Kreisen der reisenden Landwirtschaft zusammen, und welcher Großagrariar ist heute in der Lage, sich Diamantringe kaufen zu können?

Als am Freitag während der Wanderung der Laden jenes vorlauten BSWD-Mannes verschont blieb, war die „Schlesische Zeitung“ recht betrübt. Sie nannte nochmals Firma und Adresse des Betreffenden und wies darauf hin, daß dieser Geschäftsmann, der „Gude und Sozialdemokrat“ sei, unbeschädigt geblieben sei. Nun, das nächste Mal werden die Fasziisten diesen Laden des „jüdischen Sozialdemokraten“ nicht übersehen. Aber die „Schlesische Zeitung“ ist dann sicherlich nicht daran Schuld, sondern — die Kommunisten.

Dem BSWD-Stadtkorrespondenten freilich geschieht ganz recht. Als die Breslauer Arbeiter im Jahre 1919, empört über einen infamen Artikel des Junkerblattes, endgültig mit der Reaktion abrechnen wollten, und daran waren, die Dube in der „Schlesischen Zeitung“ zu besetzen, erschien derselbe BSWD-Mann — damals Kommandant von Breslau — mit der Sicherheitswehr und schützte die Hochburg der Reaktion.

Verührt dankten die Herren von Keng, Stichtenstein u. Co. dem kleinen Noske für sein Hilfswerk.

Heute bekommt der Reiter der Reaktion den Dank vom Hause der „Schlesischen“.

Ja, nicht jeder kleine Noske hat das Glück des „großen“ Gustav, der sich heute wieder der uneingeschränkten Günst seiner hohen Öberrn erfreut.

Wir würden den Namen des kleinen Noske gern verraten, aber, wenn wir in diesem Zusammenhang seinen Namen nennen und, Mißlich klatsch, so ein Stein aus Versehen mit Absicht in sein Spiegelglas fällt, dann sind es die Kommunisten gewesen und die „Schlesische Zeitung“ ist unschuldig.

Wenn dies Kind, kein Engel ist so rein...
Wie steht die Wohlthätigkeit der Quäker-Speisung aus?
Die Quäkerpeisung, die eine Wohlthätigkeit sein soll, dient in den Sommermonaten nur dazu, um den Großagrariaren die Schweine zu mästen. In der Fürstenschule ist auch eine Quäkerpeisung eingerichtet, die von ungefähr 120 Jugendlichen besucht wird. Das Essen, welches zweimal wechselt, besteht aus Kalao, Bröckchen und Mehlsuppe. Es gibt an einem

Lage Kalao mit Bröckchen, an dem anderen Tage gibt es Mehlsuppe mit Bröckchen. Neuerdings ist eine Änderung vorgekommen, die darin besteht, daß an einem Tage in der Woche den Jugendlichen, welche zum größten Teil Bekehrte und Bekehrmäßen sind, für ihr Geld, welches sie noch begehren müssen, nur Ortesuppe ohne Bröckchen verabfolgt wird. Die Ortesuppe, die es vor kurzem gab, war so hergestellt, als wenn sie heute zergerichtet hätten, die vom Kochen nicht die geringste Abnung haben. Die höheren Behörden haben trotz der Beschwerden, welche die Leiterin dieser Speisung schon öfters eingereicht hat, nichts unternommen, um dieser Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten. Seit einiger Zeit mußte man die Beobachtung machen, daß das Essen immer schlechter und ungenießbarer wurde. In den letzten vierzehn Tagen ist es vorgekommen, daß das Essen immer sauer geworden ist. Dies liegt wohl daran, daß man schon früh das Essen für die Abendpeisung zubereitet, und daß es durch das Stehen den Tag über in der großen Hitze sauer werden muß. Die Kübel, welche die Speisung zum Transport des Essens benötigt, werden nicht genügend ausgewaschen, denn es befinden sich am nächsten Tage noch Ueberreste vom vorhergehenden Tage daran. Jeden Tag sind drei Kübel voll Essen ungenießbar, welches durch diesen Mißstand den Arbeiterkindern entzogen und den Dominiumbesitzern aufs Land zum Mästen ihrer Schweine geschickt wird.

Was gebeten die betreffenden Behörden gegen diese Verschleuderung des Essens zu tun? Alle Jugendlichen dieser Speisung sind nicht mehr gewillt, auf ihre Kosten die Schweine der Großagrariar fette zu machen. Einige Jugendliche der Speisung Fürstenschule.

Radsport
Am Sonntag, den 29. Juli, findet die Austragung der Bezirksmeisterschaften im Straßenrennen, Saalport, Raddoll und Raddoll, verbunden mit dem Bezirksfest des Bezirks 1, von 8 bis 10 Uhr im Volksgarten und Gensendenschaftshaus statt. Vormittag 9 Uhr: Straßenrennen, Streckener: Hauptse Kilometerstein 4,5. Beginn des Saalports nach 4 Uhr im Volksgarten. Diese Veranstaltung soll eine gewaltige Heerchau der radsahrenden Arbeitersportler werden, und den radsahrenden Klansgenossen in bürgerlichen Verbänden zeigen, wo der radsahrende Arbeiter hingehört, nicht in den bürgerlichen Radsahrerklub, wo er nur als Schlagobjekt benutzt wird, sondern wo er sich etwas fühlen kann mit seinen Klansgenossen, und das ist der Arbeiter-Radsahrer-Bund „Solidarität“, der größte Bund der Welt, dem heute schon nahezu 400 000 Mitglieder angehören. Alle Klansgenossen heraus aus der bürgerlichen Verehren und schließt euch dem Arbeiter-Radsahrer-Bund „Solidarität“ an.

Sämtlichen Verehren des Bezirks wird zur Pflicht gemacht, zahlreich zu erscheinen. Infolge der ungeheuren Geldentwertung steht sich die Bezirksleitung veranlaßt, die Eintrittspreise etwas zu erhöhen. Alles auf nach Brodau zum tschischen Sport.

Aus der Provinz

Ein Opfer der Stillschleppschiffen in Benthen

Im Benther Freischwimmklub ist Sonntag vormittag die eine Tochter des Fischereimeisters Wornika, Bentherer Straße, die das Schwimmen ungeschickt ertrunken. Als das Mädchen von Mitgliedern des Schwimmervereins „Polidon“, Felle, Opella, Kalder und Waerner, die bald ans Rettungswerk gegangen waren, aus dem Wasser herausgeholt war, wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt. Diese verliefen jedoch ergebnislos. Der dann später eingetroffene Arzt Dr. Schmeß konnte nur den Tod Lifolke Ertrinkens feststellen.

Hierzu schreibt das Volksblatt:
Bei der Rettungsaktion für das verunglückte Mädchen scheint der Stillschleppschiffen und das unglückliche Verhalten der Bademeisterin, die männlichen Retter den Zutritt zum Damenbad verwehrte, eine unheilvolle Rolle gespielt zu haben. Der „Ostdeutschen Morgenpost“ wird zu dem Vorfall von einem Augenzeugen geschrieben: Drei jüngere Damen waren über die Schwimmstiege hinausgeschwommen und tauchten. Während eine sofort wieder an der Wasseroberfläche erschien, wurde die andere von Frau Fischer am Hals gefaßt und ans Ufer gebracht. Diese Dame sagte zur Frau Fischer, daß sich ihre Schwester noch unter Wasser befände. Frau Fischer meldete dies der Bademeisterin, wurde aber von dieser mit den Worten abgefertigt, daß sie dies nicht glaube und nur angeführt werden solle. Da sich der im Damenbad befindlichen Personen eine immer größer werdende Erregung bemächtigte, waren die im Herrenschwimmklub Badenden auf das Damenbad aufmerksam geworden. Auf das Ver-

langen einiger Badegäste, aus der Herrenbadanstalt einje Schwimmer herüberzuholen, wurde von der Bademeisterin, die anstatt im Badenanzug im Vorfeld war, wiederum eine abschlägige Antwort gegeben. Es gelang aber doch den Schwimmern Felle, Opella, Blucha, Kalder, Krebs und Schwarz zum Teil durch das Rausensfenster, zum Teil über den Zaun in die Badenanstalt zu gelangen. Sämtliche Herren, die Mitglieder des Schwimmervereins „Polidon“ sind, tauchten sofort unter. Schwimmführer Blucha trat als erster auf die Wasseroberfläche, die nach dem sie 13 Minuten im Wasser gelegen hatte, von vier Schwimmern an die Oberfläche gebracht wurde.

Morgen ist Zahntag!

In jedem Betrieb, in jeder Werkstatt müssen die Sammelisten der Betriebsräte Bewegung herumgehen.

Jeder opfere für den Kampf gegen Faschismus, Ausbeutung u. Wucher!

Schurkereien des „Wanderer“

Der von tausenden oberösterreichischer Arbeiter immer noch gelebte „Wanderer“ wagt es unter der Ueberschrift:
„Mörder mit Gewehr“
die Ermordung eines Staatsanwaltes in Frankfurt, die auf einen persönlichen Racheakt zurückzuführen ist, unseren Genossen in die Schuhe zu schieben.

Frankfurt ist weit vom Schuß, denkt der berufsmäßige Schwindler, der die Allgemeinheit verarschte. Und die oberösterreichischen Arbeiter glauben es schließlich. Nun ist dem Wanderer das Maß voll. In der gleichen Nummer noch einer ähnlichen aber durchsichtigeren Schwindel zu fabrizieren und zwar über die Breslauer Wanderer.

Breslau liegt nicht soweit entfernt und die oberösterreichischen Arbeiter wissen, daß es eine hundertprozentige Fälschung eines bespitzten Kretins ist, wenn der „Wanderer“ schreibt:

Von den verhafteten jungen Deutschen ist kein einziger der nicht Mitglied des kommunistischen Arbeiterjugendbundes ist, was die ganze Bewegung als eine politische erschrecken läßt.

Nicht einmal die deutschnationalen Blätter in Breslau wagten diesen direkt aus den Fingern gelogenen Schwindel. Selbstverständlich gehört auch nicht ein Mitglied der KPD zu den irren Wüdhens D-faschisten.

Oberösterreichische Arbeiter, wie lange wollt ihr noch buhlen, daß euch der „Wanderer“ ins Gesicht spelt. Heraus mit dem Lügenblatt aus den Arbeiterwohnungen!

Etwas über Tuberkulose, die Proletarierkrankheit

Ein tuberkulöser Parteigenosse aus Hohenwiese schreibt uns:
Die Tuberkulose, oder auch Schwindsucht genannt, ist die verbreitetste und verberstlichste aller Volkskrankheiten. Hunderttausende Menschen aller Altersklassen und Berufe, fallen ihr im Reich jährlich zum Opfer. Mit dem Kriege wuchs die Tuberkulose infolge der Unterernährung ungesundheitslich, und nun tragen das Wohnmangel und die heutige Zerstörung zur Verbreitung derselben viel bei. Am meisten bilden die Lungen den Krankheitsherd, weil infolge der Atmungsorgane der Tuberkel-Keim in die Lungen Eingang findet. Der Tuberkel-Keim ist ein mit bloßem Auge unabhäbares, winziges Lebewesen in Stäbchenform, das nur mit sehr starken Vergrößerungen im Mikroskop wahrnehmbar ist. Die Ansteckung erfolgt auf drei Arten. 1. Durch Einatmung von Tuberkelstäbchen mit der Luft, entweder in aufgewirbeltem Staub, mit haßlichen, eingetrocknetem Auswurf Schwindsüchtiger, oder in künftigen Erbsen, welche Schwindsüchtige beim Husten in ihrer näheren Umgebung verbreiten. Diese Ansteckung ist die häufigste. 2. Durch Genuss von Speisen und Getränken die Tuberkel-Keime enthalten, z. B. ungekochte Milch, nicht tierärztlich untersuchtes Fleisch, tuberkulöse Eier. 3. Durch offene Wunden oder erkrankte Stellen der menschlichen Haut und Schleimhäute, besonders gefährlich sind z. B. Kinder, welche am Fußboden umherkriechen, allerhand schmutzige Gegenstände anfassen und die Finger dann in Mund und Nase dringen.

Häufig machen viele Leute den Fehler noch, Tuberkulose verschleiern zu wollen. Lieber sie den Auswurf widerwärtigen, z. B. Augenentzündung, Bronchitis, Husten, Bluthusten, u. s. w. Viel richtiger wäre es, die Kranen zu belehren. Aber Tuberkulose, in der einen Veranlassung haben und die hat ihre Ursache der Krankheit, das soziale Elend beseitigen. Macht sich doch immer mehr ein Schieber- und Wucher-

gelindel breit, das kleine Schicksalchen mit Milch, Schlagsahne und Fleisch füttert und so mit dem Kranen, sowie Geliebten die wichtigsten Lebensmittel entzieht. Eine Stellung in die Proletariat in heutigen Verhältnissen ist zur Unmöglichkeit geworden. Sehen wir den Fall, der Ernährer der Familie ist erkrankt, arbeitsunfähig und muß den Krankenstutz nehmen. Demnach ist bei Tuberkulose die Hauptsache zu Essen, wobei soll der Kranke Wohl denn solches hernehmen? Wenn kaum der volle Arbeitseinsatz auf Nahrung für die Familie langt und das Krankengeld in den meisten Fällen nicht mal auf den vorderen Teil des Monatsbedarfs hinreicht. Oben ist mit dem Essen, verhält es sich auch mit dem Wohnungsberechnen, wo eine Stellung durch das hochgebrachte Zusammenwachsen in künftigen Jahren zur Unmöglichkeit wird, sondern eher noch der Erkrankte unbedingt seine noch halbwegs gesunden Mitmenschen anfeinden muß. Am besten kann man sich schützen vor Tuberkulose, wenn man mit erhöhter Stelle der kapitalistischen Gesellschaft aufbauen zu helfen, wo dann für die kranken Proleten besser gesorgt werden wird.

Ein neuer Kampf! Am Sonntag, den 22. Juli, vorm. 9 Uhr fand in Brodau die erste Mitgliederversammlung statt, zu welcher Genosse Kallant, Brodau, erschienen war. Auf der Tagesordnung war 1. Wahl des Vorstandes und 2. Antifaschistentag. Nach Erledigung des ersten Punktes erklärte Genosse Kallant die neuen Ortsgruppe die Bedeutung des Antifaschistentages und an Hand von Tatsachen konnte man feststellen, wie notwendig es ist, die Einheitsfront aller Arbeitenden herzustellen, um dem faschistischen Mordgehirn endlich den Garau zu machen. Der erste Vorsitzende, Genosse Wiesner, bestrich die Ausführungen und machte es jedem Genossen zur Pflicht, sich als Kommunist zu betätigen, und in dem erregten Brodau in einer Sache zu vollem Aufstieg zu bereiten. Nach reichlicher Diskussion konnte die Versammlung um 1/1 Uhr geschlossen werden.

Rgl. Neudorf
Falzischer Kummel. Sonntag, den 22. 7. fand hier in Rgl. Neudorf ein nationaler Kummel statt. Ein Ortsabteilungsleiter für ein Arbeiterdenkmal. Da die in Schwarz-Weiß-rot gehalten die Felle ganz abgemittelt, so beschanden sie immer wieder einige Summe einzuheben. Erfreulicherweise war festzustellen, daß außer dem bürgerlichen Zirkel der Rgl. Neudorf, dessen Führer und Mitglieder dem Faschistenbund Oberland angehören, keine anderen jüngeren Leute mitgingen. Auf der Straße wurden die Leute, die vor ihren Wohnungen standen, von diesen Leuten angebetelt. Doch fiel die wenig ab. Ein Kriegswall, der auch angebetelt wurde, hob sein Holzbein und rief: „Das ist auch ein Anzeichen von Schwarz-Weiß-rot“. Die den Zug begleitende Kapelle war beinahe größer als der ganze Zug und spielte sehr strammes Marsch. Wie hell die im Siegertranz — im Holzhader von Ammergau und Feigling; dann: Die Wacht am Rhein — gehalten von den Franzosen — und noch andere dieser seltsamen Weisen. Mit dem persönlichen Mut dieser Marxisten scheint es wohl auch nicht weit her zu sein. Dem man machte alles unter dem Bedeckel eines Sommerfestes, und nahm, als man nach der Hochburg der KPD ging, vorlichtigerweise Volk mit. Diese Patrioten hätten besser gemacht, wenn sie das Geld, das sie doch bloß den Arbeitern abgenommen haben, den Kriegswitwen und Waisen gegeben hätten, damit diese wenigstens ein mal satt zu Essen hätten. Denn wir denken haben wir genügend. Alle vier bis fünf Schritt liegt ein Kriegstrüppel, alles Opfer des Monarchistengeindels, die uns vorlegen: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß.“ Wir fordern die Arbeitkollegen auf, aus diesen falzischen Organisationen auszutreten, hauptsächlich die Kollegen der Hauptort, denn diese haben an Ort und Stelle gesehen, daß die Reaktion nur die Niedertrüppelung der Arbeiter will. Sie gesamte Arbeiterschaft Neudorf muß am 29. Juli zeigen, daß sie so etwas nicht mehr zulassen wird und nun in wichtiger Demonstration aufmarschieren.

Schönberg D.-G.
Standhafte Zustände. Man schreibt uns: Obwohl wir in unserer Gemeinde ein großes Kraftwerk haben, brennen bei uns immer noch die unmodernsten Gaslampen. Da aber jetzt alles teuer ist, sah sich die Gemeinde genötigt, bloß die Gas der Lampen brennen zu lassen, anstatt an die Grubenverwaltung ranzugehen, daß dieselbe das Gas billiger liefern soll, da ja doch alles im Dorfe herrschaftliches Gut ist. Das schlimmste dabei ist noch, daß die Lampen, die nicht brennen, in der Mitte des Bürgerfestes stehen, so daß ich beobachtet konnte, wie sich ein des Weges Unkundiger die Nase an der Lampe zerschlug.

Weiter: Hier vor dem Freitag ein kleiner Volksgarten eingerichtet worden, in dem Milch aus den hiesigen Domänen verkauft wurde, und der Schönberger Bürger, wenn er etwas Zeit hatte, sich dort etwas gemütlich machen konnte. Dieser ist jetzt verschlossen, und ich nehme an, daß derselbe nicht zu Wohlthätigkeitszwecken eingerichtet wurde, sondern damit der Inspektor seine Milch dort verkaufen konnte. Jetzt aber, da die Milch wo anders besser bezahlt wird, ergötzen sich in diesem Garten des Inspektors Ferkel in einer Zahl von ungefahr 2 Dugend. Arbeiterkinder können ja nicht rein, denn sie müßten seinen Profit abwerfen.

Freitag, den 27. Juli, 5 1/2 Uhr abends, in Breslau, im Versammlungssaal, Nikolaistraße 48-50

wichtige Funktionärübung.

Mitgliedsbuch mitbringen. Pünktlich erscheinen ist Pflicht. Um 8 Uhr abends in allen Distrikten Distrikts-Versammlungen.

